

Wie wollen Jungpolitiker Geld investieren?

Erhöht die Schweiz die Mehrwertsteuer, klingelt es unweigerlich auch in der liechtensteinischen Staatskasse.

Was haben die Politikerinnen und Politiker der Zukunft mit diesem Geld vor? Die Jungparteien zu ihren Gedanken.

Nicky Stettler

Es ist eine übliche Partyfrage: Was machst du mit einer Million Franken? Im Zuge der möglichen Mehrwertsteuererhöhung lässt sich die Frage erweitern: Was machst du mit 35 Millionen Franken pro Jahr? Diese wird sich das Land wohl in Zukunft stellen müssen. Ein paar Jahre werden noch ins Land ziehen, bis die Mehreinnahmen durch die Mehrwertsteuer in der Staatskasse zu Buche schlagen. Dies ist abhängig davon, ob und wann die Schweiz die Erhöhung vornimmt. Am Ende wird voraussichtlich das Volk darüber entscheiden. Das Thema wird in Liechtenstein also auch die Politiker von Morgen beschäftigen. Und die potenziellen Protagonisten von morgen haben auch schon Ideen.

Vom Ablehnen bis zum Sparen

Die Junge Liste lehnt die Erhöhung der Mehrwertsteuer grundsätzlich ab. «Die liechtensteinische Regierung sollte dem Schweizer Bundesrat deutlich machen, dass sie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht begrüssen würde», schreibt die Jungpartei in einer Stellungnahme. Diese setze Menschen unter finanziellen Druck.

Die Junge FBP und die VU-Jugendunion streben einen Mix

aus Sparen und Investitionen an. Die junge Bürgerpartei denkt dabei an einen Fonds. Das dadurch erwirtschaftete Geld könne dann ausgeschüttet werden, während das Grundkapital unangetastet bleibe und weiter wachsen könne, heisst es von der JFBP. Sie geht davon aus, dass dieses Portfolio rund 16 bis 19 Millionen Franken jährlich erwirtschaftet.

Von einem Fonds spricht auch die Jugendunion. «Dieser könnte gezielt für langfristige Investitionen eingesetzt werden», schreibt die VU-Jugendsektion. Und auch sie möchte lediglich die Erträge aus den Investitionen ausgeben. Die Jugendunion mahnt zu einem vorsichtigen und nachhaltigen Umgang mit allfälligen Mehreinnahmen.

Vorstellungen der Jungen

Konkret könnte sich die Jugendunion vorstellen, diese Erträge in die Entlastung bei Krankenkassenprämien oder zur Stabilisierung der AHV einfließen zu lassen. Als weitere Option sieht sie eine flexible Steuerrückvergütung. «Da die Mehrwertsteuereinnahmen zu einem erheblichen Teil von der eigenen Bevölkerung getragen werden, wäre es sinnvoll, diese bei Überschüssen zumindest teilweise zurückzugeben – ab-



Die Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker der Liechtensteiner Parteien haben durchaus Ideen, wie sie die Millionen Franken einer möglichen Mehrwertsteuererhöhung einsetzen können.

Bild: iStock

hängig von der Finanzlage und der wirtschaftlichen Entwicklung.»

Eine Stärkung der Wirtschaft bringt die Junge FBP ins Spiel. Ein Teil der Erträge könne gezielt als Beteiligungs-

kapital für liechtensteinische KMU und Start-ups eingesetzt werden und so aktiv zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Liechtenstein beitragen. Aber auch die junge Bürgerpartei kann sich vorstellen, das Geld

zum Beispiel in Bildung, Klimaresilienz oder langfristig in die AHV zu investieren.

Unabhängig von jeglichen Mehreinnahmen plädiert die Junge Liste dafür, die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten.

Zum Beispiel will die Partei den öffentlichen Verkehr kostenlos machen, die Prämien im Gesundheitswesen senken sowie die Förderung von öffentlichem und genossenschaftlichem Wohnungsbau vorantreiben.